

in Moskau unterzeichnet worden war, wurde erstmals wieder eine bilaterale Übereinkunft über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei Bau- und Modernisierung von Industrieobjekten in China für die genannte Laufzeit geschlossen. Dabei sollen sieben Objekte neu errichtet und 17 weitere aus den Bereichen Energie, Eisen und Stahl, NE-Metalle, Maschinenbau, Kohle und Chemie modernisiert werden. Es handelt sich dabei in der Regel um Vorhaben zur Umrüstung von Betrieben, die in den 50er Jahren mit sowjetischer Hilfe errichtet worden waren. Die Kammer für Handel und Industrie der UdSSR und das Allchinesische Komitee für die Förderung des Welthandels haben im September 1985 ein Abkommen über den Austausch von Wirtschaftsinformationen und die Verstärkung der Zusammenarbeit im Messe- und Ausstellungswesen unterzeichnet.

China wird 1986 bis 1990 aus der Sowjetunion u.a. Ausrüstungen für den Kraftwerksbau, für Tagebau- und Hochspannungsleitungen, ferner Anlagen für die Rekonstruktion von Betrieben der Metallindustrie, des Maschinenbaues, der chemischen und der Kohleindustrie sowie Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Landmaschinen, Holz, Zement und Chemierzeugnisse beziehen. Zu den chinesischen Lieferungen in die UdSSR gehören Wolfram, Erdgas, Sojabohnen und andere Agrarprodukte, Baumwollstoffe, Konsumgüter sowie Erzeugnisse der chemischen Industrie und des Maschinenbaues.

China steigerte die Ausfuhren von Textilerzeugnissen und Bekleidung in die Sowjetunion und die Ostblockländer seit dem Beginn des Jahres 1985 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 76% auf über 600 Mio. US\$. Noch vor drei Jahren hatten die Exporte dieser Erzeugnisse in die Sowjetunion und die sozialistischen Länder nur 130 Mio. US\$ betragen. (NFA, 17.12.1985, Agence France Presse, 17.12.1985) -lou-

WIRTSCHAFT

*
*

*(35)

Staatliche Unternehmen können geleast werden

Komplette Unternehmen im Staatsbesitz können nun auf dem Wege des Leasing in kollektive bzw. private Hände übergeben werden. In einem Artikel in der Volkszeitung nehmen zwei Autoren zu der neuen Form des Leasing Stellung. Es folgen Auszüge aus dem Artikel:

Nach der jetzigen Praxis unterscheidet sich die Leasing-Form von der traditionellen Form des Leasing und dem sogenannten vertraglichen Betreiben von Unternehmen. Die neue Form hat ihre eigenen bestimmten Charakteristika, und zwar im wesentlichen drei. Zunächst einmal werden ganze Unternehmen geleast, während nach der traditionellen Form des Leasing Objekte des Anlagevermögens geleast wurden. Mit anderen Worten, der Vertreter der betreffenden staatlichen Abteilung least ein komplettes Unternehmen an Privatpersonen oder schreibt es öffentlich aus. Deshalb ist das Objekt dieser Form des Leasing tatsächlich das Eigentum an dem Unternehmen, d.h., das Recht, über Arbeiter und Angestellte und über Vermögenswerte des Unternehmens zu entscheiden. Obgleich, zweitens, der Leasingnehmer die Entscheidungsgewalt zum Betrieb des Unternehmens hat, übernimmt er die Verantwortlichkeit und die Verpflichtungen, wie sie im Vertrag vorgesehen sind. Die Entscheidungsmacht des Leasingnehmers ist auf den Vertrag begrenzt und er kann diese Entscheidungsmacht nicht soweit ausdehnen, wie er möchte, solange der Mietzins gezahlt wird. Drittens muß nach der traditionellen Form des Leasing der Leasingnehmer nur den Mietzins an den Leasinggeber zahlen, unter der neuen Form jedoch muß der Leasingnehmer einen Teil der Gewinne, die er erzielt, neben dem Mietzins an den Leasinggeber zahlen.

Während der Leasingperiode sollte der Leasingnehmer nicht nur sicherstellen, daß das ursprüngliche Anlagevermögen des Unternehmens an Wert nicht abnimmt, er sollte auch das Unternehmen technisch in geplanter Weise umformen, um den Produktionsumfang auf einer neuen Basis zu erweitern, wie dies im Vertrag vorgeschrieben ist. Die für die Durchführung der technischen Umformung und die Erweiterung der Produktion notwendigen Fonds sollten durch den Leasingnehmer selbst aufgebracht werden; das verbesserte Anlagevermögen sollte gebührenfrei an den Leasinggeber zurückgegeben werden, wenn die Leasingperiode ausläuft. Dies wird sicherstellen, daß das technologische Niveau und die Produktionskapazität des zurückgegebenen Unternehmens höher sein wird als zu dem Zeitpunkt, als das Unternehmen geleast wurde.

Verglichen mit dem sogenannten vertraglichen Betreiben eines Unternehmens besteht ein charakteristischer Unterschied der Leasingprozedur darin, daß der Leasingnehmer volle Verantwortlichkeit für Gewinne und Verluste des Unternehmens übernimmt. Nur wenn der

Leasingnehmer die im Vertrag vorgeschriebenen Gewinnziele, die auf einer gewissen Basis bestimmt worden sind, erfüllt oder übererfüllt, kann er ein großes Einkommen beziehen. Falls dies nicht so ist, muß der Leasingnehmer den nicht erfüllten Anteil besteuern und sogar das Risiko übernehmen, als Ergebnis der Rückzahlung von Schulden in Konkurs zu gehen. Da dies so ist, enthält die Leasingprozedur selbst ein gewaltiges Risiko, die den Leasingnehmer zwingen wird, die Verantwortlichkeit in Produktions- und Geschäftsaktivitäten zu übernehmen. Auf diese Weise kann die Leasingprozedur die Rolle übernehmen, die das vertragliche Betreiben eines Unternehmens nicht spielen konnte.

Das Leasing wird als Fortschritt gegenüber früheren Zeiten verstanden. So heißt es in dem Artikel weiter: Erstens, das Leasing wird dazu beitragen, das Verhältnis von Staat und Unternehmen besser zu koordinieren. In der Form des Leasing können die verschiedenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Staat und dem Unternehmen auf Vertragsbasis gestaltet werden. Der Leasinggeber, der den Staat repräsentiert, und der Leasingnehmer sind zwei gleiche Vertragsparteien; jede Seite muß eine gewisse Verantwortlichkeit übernehmen, keine Seite sollte irgendeinen Vorwand dazu benutzen, die Gegenseite zur Annahme irrationaler Bedingungen zu bewegen. Im Falle von Vertragsbruch können beide Parteien an höhere Autoritäten appellieren und die Einhaltung der Vertragsbestimmungen fordern.

Zweitens, das Leasing wird die Rolle des Marktes stärker ins Spiel bringen. Eine der wichtigsten Charakteristika der Warenwirtschaft besteht darin, daß die horizontalen Beziehungen zwischen den Unternehmen nun in enger Weise durch den Markt hergestellt werden. Der Direktor eines Leasingunternehmens wird aus einer Reihe von Wettbewerbern aus der Gemeinschaft gewählt und nicht länger - wie zuvor - durch übergeordnete Behörden ernannt. Die Kriterien für die Wahl eines Fabrikdirektors sind sein Wissen, seine Kenntnisse und die Fähigkeit zu organisieren und zu leiten sowie seine politische Integrität; Alter und Rang spielen keine große Rolle mehr.

Drittens, das Leasing macht es möglich, das System, nach dem der Fabrikdirektor volle Verantwortlichkeit übernimmt, effizienter einzuführen. Die Führungsgruppe des Unternehmens wird durch den Direktor gebildet, der die wichtigsten Mitglieder der Gruppe ernannt. Auf diese Weise hat sich innerhalb des

Unternehmens ein neues Verantwortlichkeitssystem gebildet, nach dem der Direktor verantwortlich ist für das Unternehmen und den Vertrag und nach dem die stellvertretenden Direktoren dem Direktor verantwortlich sind. Dies wird die frühere Praxis der endlosen Kämpfe und des Gegeneinanderarbeitens beenden, die Autorität des Direktors etablieren und sicherstellen, daß der Direktor das Verantwortlichkeitssystem in effizienter Weise einführen kann.

Abgesehen von den theoretischen Kontroversen über das Leasing hat sich in der Praxis eine Anzahl von wichtigen Problemen ergeben, die schnelles Studium und Lösung verlangen. Da ist zunächst das Problem der Einnahmen des Leasingnehmers. Gegenwärtig haben viele Leasingunternehmen ein festes Verhältnis der Einnahmen des Leasingnehmers erarbeitet. So schrieb z.B. ein gewisses Unternehmen vor, daß nach Erreichung des Gewinns, der auf einer bestimmten Basis festgesetzt war und an den Staat zu überweisen ist, der Leasingnehmer und das Unternehmen das Recht haben, jenen Teil der nachsteuerlichen Gewinne zu behalten, der über die Quote hinausgeht. Nach unserer Meinung ist die Praxis der Festsetzung einer festen Rate für die Gewinnverteilung nicht ganz angemessen. Es muß beachtet werden, daß die meisten der bestehenden Betriebe immer noch gewaltige Potentiale haben, die ausgenutzt werden können. Solange wie sie die betriebliche Arbeit nur ein wenig verbessern, sind sie möglicherweise in der Lage, die wirtschaftlichen Ergebnisse beträchtlich zu erhöhen.

Falls dies nicht beachtet wird, kann das Problem entstehen, daß der Leasingnehmer ein zu großes Einkommen erhält. Deswegen sollten die Einkommen der Leasingnehmer durch die Wettbewerber im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung bestimmt werden und nicht durch den Leasinggeber, der eine bestimmte Rate festsetzt. Mit anderen Worten, die Zahlungen an den Leasingnehmer sollten ein wichtiger Aspekt werden, um den die verschiedenen Leasingnehmer im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung konkurrieren sollten. Dies wird dazu beitragen, die Einnahmen des Leasingnehmers rational zu definieren und das Potential der Unternehmen zu erschließen; es wird die wirtschaftlichen Ergebnisse der Produktion und der geschäftlichen Aktivitäten erhöhen.

Zweitens gibt es das Problem der zeitlichen Begrenzung eines Leasingvertrages und des technologischen Fortschritts. Es ist notwendig, eine rationale Zeitbegrenzung für den Leasingbetrieb festzusetzen

und das Problem des technischen Fortschritts zu lösen. Dies wird sicherstellen, daß der Leasingnehmer sich nicht auf die Maximierung seiner Interessen innerhalb der Laufzeit des Vertrages konzentriert wird, was zu einer Nichtbeachtung der langfristigen Interessen des Unternehmens führen kann. Deshalb ist neben der rationalen Festsetzung eines Zeithorizonts es auch nötig, die spezifischen Ziele des technologischen Fortschritts zu definieren, so daß es klare Standards für die Beurteilung des technologischen Fortschritts zu dem Zeitpunkt gibt, wenn der Vertrag ausläuft. Der Leasingnehmer, der die Vorschriften des Vertrages erfüllt und wichtige Beiträge bei der Förderung des technologischen Fortschritts erbracht hat, sollte ermutigt werden und spezielle Belohnung erhalten; andererseits sollte jener Leasingnehmer, der dies nicht tut, entsprechend bestraft werden. Sonst wird es schwierig sein, die konstante Verbesserung des technologischen Niveaus der Unternehmen sicherzustellen.

Drittens ist hinsichtlich des Problems des Managements eines Leasingunternehmens die Verstärkung des Managements unverzichtbar. Gegenwärtig ist es am wichtigsten, eine Beratungsagentur und eine Überwachungskörperschaft zu etablieren, um die nötigen Bedingungen für das reibungsvolle Funktionieren der Leasing-Geschäfte sicherzustellen. Gleichzeitig sollten Anstrengungen unternommen werden, wirtschaftliche Regeln aufzustellen und einige neue rechtliche Probleme zu regeln, die im Verlauf eines Leasinggeschäftes entstehen können, wie z.B. die Einkommensteuer für den Leasingnehmer. (RMRB, 6.12.1985) -lou-

*(36)

Zahlreiche Fälle von Wirtschaftskriminalität entdeckt

Die Wirtschaftskriminalität ist wohl als eine Begleiterscheinung der Reformmaßnahmen zu verstehen. Immer wieder werden in der chinesischen Presse Wirtschaftsdelikte der verschiedensten Art dargestellt und angeprangert. Es folgen Angaben über einige größere Fälle der letzten Zeit.

Am 26. November 1985 wurden vom Gericht der Stadt Beijing 23 Regierungskader zu Gefängnis verurteilt; die ihnen zur Last gelegten Vergehen waren u.a. Bestechung, Betrug, Spekulation und Steuerhinterziehung. Insgesamt hatten sie illegal 256.000 Yuan an sich gebracht und dem Staat durch den Mißbrauch ihrer Positionen Schäden in Höhe von 1,126 Mio. Yuan zugefügt.

Yin Zhinong, der der Kommunistischen Partei im Jahre 1938 beigetreten war, pensionierter stellvertretender Direktor des Eisen- und Stahlkomplexes von Beijing, wurde wegen Spekulation zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Im Juni 1984 hatte er dem Eisen- und Stahlkomplex in Beijing einen Auftrag von 200 t Walzdraht für eine Fabrik in Chongqing (Provinz Sichuan) erteilt. Er arbeitete mit dem früheren Direktor dieser Fabrik zusammen, um 50 t zu überhöhten Preisen zu verkaufen, und erhielt auf diese Weise 8.000 Yuan. Er fälschte Unterlagen, um sein Verbrechen zu verschleiern und erklärte vor Gericht, daß er nicht schuldig sei.

Zhou Kangyuan, ein früherer Kader der Verkaufsgesellschaft, die dem Ministerium für die Astronautische Industrie angegliedert war, wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt; er hatte 30.000 Yuan als Bestechungsgelder angenommen. Die Bestechungsgelder wurden von einem Unternehmen in der Provinz Hubei im Juli 1984 bezahlt; dieses Unternehmen erhielt dafür 400 Fiat-Wagen.

Gan Junxi, der bei der Steuerbehörde in Beijing arbeitete, wurde zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte seit 1980 insgesamt 6.860 Yuan an Bestechungsgeldern angenommen. Er hatte rechtswidrig 19 Unternehmen Steuerermäßigungen und Steuerbefreiungen erteilt, wodurch diese in die Lage versetzt worden waren, Steuern in Höhe von 357.000 Yuan zu hinterziehen. (XNA, 27.11.1985)

Mitte Dezember 1985 wurde berichtet, daß 10 weitere Kader wegen Wirtschaftskriminalität festgenommen worden seien. Unter den Festgenommenen befand sich Ma Xueliang, der vormalige Direktor der Beijinger Stadtwerke, der wegen der Vernachlässigung seiner Pflichten und der Annahme von Bestechungsgeldern angeklagt wurde. Mit Genehmigung von Ma, der zugleich der stellvertretende Sekretär des Parteikomitees der Stadtwerke war, gründeten Huang Yuqian und Liang Guoan im Oktober 1984 die "Heping-Gas-Ingenieurgesellschaft" mit Ma als Ehrenpräsidenten, Huang als Manager und Liang als stellvertretendem Manager. In ca. 6 Monaten erzielten Huang, Liang und einige andere Personen illegal insgesamt mehr als 1,53 Mio. Yuan. Sie setzten höhere Kosten als zulässig an und forderten höhere Preise für alles. 1,08 Mio. Yuan wanderten in die Privatschatulle dieser Leute, 400.000 Yuan wurden vergeudet und 130.000 Yuan wurden als Bestechungsgelder an andere Kader und

Kollektivbetriebe vergeben.

Ma Xueliang wurde aus der Partei ausgestoßen und festgenommen. Von den insgesamt 22 in den Fall verwickelten Menschen wurden 10 festgenommen, fünf wurden auf Kautionsfreigelassen und disziplinarische Maßnahmen wurden gegen sieben andere erlassen. Unter den 22 Leuten sind Veteranen-Kader mit mehr als 30jähriger Mitgliedschaft in der Partei, erst kürzlich geförderte junge Menschen und Modellarbeiter. In nur 8 Monaten nahmen sie an der Korruption teil, nahmen Bestechungsgelder und kassierten öffentliche Gelder von 270.000 Yuan. (Xinhua, 16.12.1985, zit. nach SWB, 20.12.1985)

Auf einer Mitte November 1985 abgehaltenen nationalen Konferenz über die Disziplin von Industrie- und Handelsbanken wurde gefordert, daß im ganzen Lande alle wichtigen Fälle, in denen staatliche Kreditfonds für private Zwecke verwendet worden seien, untersucht werden sollten. Einige führende Kader und Abteilungen der Industrie- und Handelsbanken hätten sich der Lächer in der Reform bedient und seien in ungesunde Praktiken verwickelt. Sie hätten die Kreditfonds der Staatsbanken dazu benutzt, um Geschäfte zu machen und private Gewinne zu erzielen. Sie hätten "rote Pakete" akzeptiert, Kunden erpreßt und von ihnen Geld erhalten, illegale Kredite vergeben usw. Dies habe zu ernststen Verlusten für das Land geführt. Laut Statistiken für den Zeitraum von Januar bis September 1985 aus 20 Provinzen und Städten seien mehr als 800 Mio. Yuan an unregelmäßigen Krediten entdeckt worden; mehr als 4,3 Mio. Yuan an illegalem Geld seien verlorengegangen. (RMRB, 15.11.1985, zit. nach SWB, 22.11.1985)

Das Gericht der Stadt Fuzhou sprach am 26.11.1985 das Urteil in acht Fällen von ernster Wirtschaftskriminalität und bestrafte 20 Kriminelle. Zheng Xin, ein Krimineller, der sich mit Spekulationen und Profitmacherei beschäftigt hatte, wurde zu lebenslangem Gefängnis verurteilt; er verlor seine politischen Rechte auf Lebenszeit. Von Ende 1984 bis Juni 1985 hatten er und einige andere ca. 25.000 kg falsches Monosodium-Glutamat produziert und illegale Profite in Höhe von mehr als 20.000 Yuan dafür erzielt. Lu Guoyang wurde ebenfalls zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Von August 1984 bis März 1985 hatte er illegal knappe Waren, wie z.B. Farbfernsehgeräte, Motorroller, Kühlschränke und Videorekorder, verkauft; die Höhe seiner Umsätze überstieg 1 Mio. Yuan. Huang Weisheng, der frühere Chef der Verwaltungsabteilung der Außenhandels-gesellschaft der Provinz Fujian,

wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt; er ging seiner politischen Rechte für drei Jahre verloren. Er hatte 19.000 Yuan an Bestechungsgeldern angenommen. Lin Zhengen, der mit Huang zusammengearbeitet hatte, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. (Radio Fuzhou, 26. Nov. 1985, zit. nach SWB, 30.11.1985)

In der Stadt Shuangyashan in der Provinz Heilongjiang wurde ein großer Fall von Wirtschaftsschwindel aufgedeckt; es ging um einen falschen Vertrag in einer Größenordnung von 115,85 Mio. Yuan. Ein großer Teil des illegalen Geldes und der Waren wurden wiederbeschafft. Die in diesen Fall verwickelten Menschen wurden vor Gericht gestellt. (Radio Harbin, 26. Nov. 1985, zit. nach SWB, 30.11.1985) -lou-

*(37)

Zwischenergebnisse der Preisreform

Die im Juni 1985 in 35 Großstädten durchgeführte Preisreform für Fleisch, Geflügel, Eier, Fisch und Gemüse hat zu teilweise beträchtlichen Auswirkungen für die Betroffenen geführt. Da beispielsweise Schweinefleisch das wichtigste Nebennahrungsmittel der chinesischen Bevölkerung ist, werden weite Kreise von Preisveränderungen für dieses Gut betroffen. Das einheitliche Ankaufssystem für Schweine wurde durch ein Vertragssystem ersetzt. Der Preis richtet sich nun nach Angebot und Nachfrage. Diese Maßnahme hat die Bereitschaft der Bauern, Schweine zu züchten, erhöht und die riesigen Verluste des Staates, die durch einen zu hohen Ankaufs- und zu niedrige Verkaufspreise entstanden waren, ausgeglichen. Andererseits sind die Fleischpreise beispielsweise in Beijing um 30% gestiegen. 1 Kilogramm Schweinefleisch, das früher 2,52 Yuan kostete, kostet heute 3,80 Yuan. Auch die Preise für Gemüse stiegen beträchtlich und werden in absehbarer Zeit nicht sinken.

Die Preiserhöhungen steigern die Lebenshaltungskosten. Der Einzelhandelspreisindex ist im ersten Quartal des Jahres 1985 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 5,6% und im zweiten Quartal 1985 um 8,8% gestiegen. Als im Mai die Preise für Fleisch und Gemüse freigegeben wurden, stieg der Einzelhandelspreisindex sogar um 9,3%. Im 3. Quartal begannen die Preise dank verschiedener Eingriffe der staatlichen Läden zu sinken.

Die mit der Preisreform verbundenen Erscheinungen haben die Unzufriedenheit der Konsumenten und Zweifel an der Preisreform hervorgerufen. Die meisten befürworten

die Reform jedoch, weil trotz der Preiserhöhungen bei Fleisch und Gemüse die Preise für Getreide, Speiseöl, Baumwollstoff und Artikel des täglichen Bedarfs sowie die meisten Konsumgüter stabil geblieben sind. Die Reform belebte auch den Markt. Die Einzelhandelsumsätze werden im Jahr 1985 gegenüber dem Vorjahr um ca. 27% auf ca. 426 Mrd. Yuan ansteigen.

Die gestiegenen Löhne und Gehälter und die Beihilfen können die Mehrausgaben für Nebennahrungsmittel jedoch ausgleichen. Die Löhne der Arbeiter und Regierungsbeamten wurden im Juli 1985 um durchschnittlich 20 Yuan erhöht. Die Löhne der Arbeiter stiegen 1985 gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 17% und die Nettoeinnahmen der Bauern um über 10%. Zur Zeit erhalten beispielsweise die Einwohner Beijings eine Beihilfe von ca. 7 Yuan pro Monat. Inzwischen teilte der chinesische Vizepremierminister Li Peng mit, daß die Beihilfen angehoben würden. In diesem Zusammenhang warnte die Kommunistische Partei Studenten, die die Preissteigerungen auf die Öffnungspolitik zurückgeführt hatten. Die Gehälter der Grund- und Mittelschullehrer sollen im Januar 1986 erhöht werden. (BRu, Nr. 49, 10. Dez. 1985, S. 6f.; AWSJ, 4.12.1985; IHT, 10.12.1985) -lou-

*(38)

Werbung wird schärfer kontrolliert

Die chinesische Regierung erinnerte in Zusammenhang mit einer nationalen Konferenz über das Management von Werbung und Warenzeichen, die vom 28.11. bis 5.12.1985 in Beijing stattfand, die unkontrolliert expandierende Werbewirtschaft daran, daß sie in ihrer Geschäftstätigkeit bestimmte Grundsätze und Verhaltensregeln zu beachten habe. Nach einem Erlaß des Staatsrates darf Werbung nicht in Gegensatz zur offiziellen Politik stehen oder die nationale Würde verletzen. Als Selbstverständlichkeit darf der Text der Werbung keine verleumderische Propaganda enthalten, keinen anstößigen oder abergläubischen Inhalt aufweisen oder sich an niederen Geschmacksrichtungen orientieren. Die Direktive wiederholt noch einmal die bereits bekannten Regeln, nach denen der Werbeträger die gesellschaftliche Verantwortung für den Werbeerhalt übernimmt und sich bei einer auf Täuschung hinaus laufenden Werbung strafbar macht. Außerdem unterliegen künftig alle staatlichen wie privaten Werbeagenturen unter verschiedenen Aspekten der behördlichen Aufsicht.

Wie ein stellvertretender Direktor der staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung auf der Konfe-

renz mitteilte, müssen alle Werbefirmen im Besitz einer Lizenz des örtlichen Amtes für Industrie und Handel sein. Privatpersonen oder privatwirtschaftliche Zusammenschlüsse von Einzelpersonen sollen künftig keine Genehmigung zur Eröffnung von Werbefirmen oder zur Ausübung einer Tätigkeit als Werbekemler erhalten. In Zukunft müssen auch alle Werbeaktionen für ausländische Geschäftsinteressen mindestens von den zuständigen Ämtern auf Provinzebene genehmigt werden.

Vor Beginn der Konferenz war aus Kreisen der staatlichen Werbegesellschaft mitgeteilt worden, daß die Werbung für Produkte aller Art und aller Länder auf den großen Werbeflächen entlang der Hauptstraße von Beijing im Zentrum der Stadt nicht mehr erlaubt werden soll. Wahrscheinlich wird das Verbot in der Form gehandhabt, daß die Verträge der Werbekundschaft mit den Agenturen nach Ablauf nicht mehr erneuert werden können. Der Grund für diese Maßnahmen liegt sowohl auf der ästhetischen als auch auf der ideologischen Ebene, denn die Hauptstadt soll nicht durch kommerzielle Werbung für überwiegend ausländische Konsumgüter verunstaltet bzw. entwürdigt werden.

Nach einer Erklärung des Direktors der Industrie- und Handelsverwaltung auf der Konferenz sollen die Lizenzen gewisser "Aktentaschenfirmen", die sich spekulativ betätigen oder nicht in der Lage sind, legitimen Aktivitäten nachzugehen, für ungültig erklärt werden. Er bezifferte die Zahl derartiger Firmen auf rund 200.000, die allerdings größtenteils auf dem Gebiet der Produktionssteigerung und Wirtschaftsbelebung eine nützliche Funktion erfüllten.

Auf der Konferenz wurde außerdem die Gründung einer nationalen Warenzeichenkommission vorgenommen. Die Organisation soll u.a. das Warenzeichen-Management verbessern, Warenzeichenverletzungen verfolgen und generell die Industrie- und Handelsverwaltung in ihrer Arbeit unterstützen. Die neue Kommission ist mit der China Industrial Property Organization verbunden, die wiederum der entsprechenden UN-Organisation angegliedert ist.

Die Verfolgung von Warenzeichenverletzungen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Ausschusses. Obwohl eine Anzahl von Warenzeichenfälschern bereits verurteilt und mit Gefängnisstrafen belegt worden sei, müsse die Aktion fortgesetzt werden, zumal da die steigende Warenerzeugung in den letzten Jahren die Benutzung von Wa-

renzeichen kräftig angeregt habe. Gegenwärtig seien mehr als 123.000 oder fast 300% mehr Warenzeichen eingetragen als im Jahre 1979. Die Werbewirtschaft ist seit 1977 mit durchschnittlich 50% jährlich gewachsen und hatte 1984 einen Umsatz von rund 300 Mio. Yuan.

Wie Xu Xin, der Vorsitzende der chinesischen nationalen Werbe-gesellschaft für ausländische Beziehungen und Handel, auf einer Pressekonferenz mitteilte, sollen mehr als 1.000 ausländische Delegierte an einer Konferenz in Beijing teilnehmen, die vom 16.-20. Juni 1987 stattfinden soll. Xu sagte, daß diese Konferenz sich auf die Rolle der Werbung in Entwicklungsländern konzentrieren solle und der Werbeindustrie in der Volksrepublik eine Chance geben, Kontakte mit entsprechenden Werbe- und Marketingfirmen in der ganzen Welt anzuknüpfen.

Hinsichtlich der Entfernung der Werbeplakate, viele davon von japanischen Unternehmen, sagte Ruan Jiageng, der Generalmanager der China International Advertising Corp., daß die Anordnung sich nicht nur auf Japan bezöge, sondern auf alle Länder sowie auf die inländischen und ausländischen Plakate. (NfA, 10.12.1985; AWSJ, 28.11.1985) -lou-

*(39)

Unterschied zwischen Kooperativen und Kollektiven erklärt

Die ländlichen Kooperativen, die in den letzten Jahren entstanden sind, sollen als grundlegende Form des sozialistischen öffentlichen Eigentums betrachtet werden. Die Volksrepublik hat nun 467.000 solcher Einheiten, die von Gruppen von ländlichen Haushalten oder Haushalten und Kollektivunternehmen oder Haushalten und staatseigenen Betrieben geführt werden. Kooperativen können sich in vielen Geschäftszweigen, wie z.B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischerei, Industrie, Handel, Transport, Bauwesen und anderen Dienstleistungen, betätigen.

Heute unterscheiden sich solche Kooperativen in fünf wichtigen Punkten von den Kollektivorganisationen, die nach der Kollektivierungsbewegung auf dem Lande in den 1950er Jahren entstanden sind. Zunächst einmal sind die Kooperativen das Ergebnis der schnell wachsenden sozialistischen Warenwirtschaft, wohingegen die kollektiven Organisationen sich durch Kollektivierung individueller Bauern formierten und keine Beziehung zur Warenwirtschaft hatten.

Zum zweiten werden die Kooperati-

ven freiwillig von den Mitgliedern - Einzelpersonen, Kollektivbetrieben und staatseigenen Betrieben - gebildet. Die Mitglieder sind in der Lage, Fonds, Techniken, Land, Ausrüstungen und geschäftliche Informationen bereitzustellen. Die Kooperativen können deshalb die Grenzen von Eigentum, Regionen oder Industriezweigen durchbrechen. So beschäftigen sich beispielsweise manche Kooperativen mit Farmlandwirtschaft und Industrie, andere befassen sich mit Landwirtschaft und Handel und wieder andere sind in Landwirtschaft, Industrie und Handel tätig. Kollektivorganisationen, wie z.B. Volkskommunen, Produktionsgruppen und Produktionsbrigaden, werden jedoch nach geographischen Gesichtspunkten errichtet. Es ist fast unmöglich für die Mitglieder auszuwählen, welcher Einheit sie beitreten wollen oder mit welchen Mitgliedern sie arbeiten wollen.

Drittens, die Mitglieder einer Kooperative können sich in freier Weise daraus zurückziehen, Investitionen an andere transferieren und Gewinne teilen. Mitglieder der Kollektivorganisation haben kein Eigentum an dem, was darin investiert ist, sogar dann, wenn es eine Rückzahlung von Dividenden und Boni gibt.

Viertens unterliegt die Kooperative als unabhängige Wirtschaftseinheit nicht einer Verwaltungsabteilung, sie untersteht der staatlichen Politik und den Gesetzen. Die Kollektivorganisation untersteht jedoch administrativen Abteilungen aller Ebenen.

Fünftens, die Kooperative ist offen für die Gesellschaft, jedes Individuum und jede Einheit können in die Kooperative investieren und ihr auf freiwilliger Basis beitreten. Die Kollektivorganisation hängt jedoch hauptsächlich zum Zwecke ihrer Expansion von ihrer eigenen Fondsakkumulation ab oder wird mit anderen Kollektivorganisationen zusammengeschlossen, die von derselben Abteilung nach den Anweisungen höherer Behörden geleitet werden. (XNA, 17.12.1985) -lou-

*(40)

Experimente mit Arbeitsgruppen in Henan

In allen 5.357 staatseigenen und Kollektivunternehmen in der Provinz Henan, die insgesamt eine halbe Million Arbeiter beschäftigen, wird seit 1981 mit einem Arbeitsgruppensystem experimentiert. 90% der Betriebe haben dauerhafte Verbesserungen erzielt. Falls das System weiterhin so ein Erfolg ist, wird es möglicherweise auf viele Teile Chinas ausgedehnt. Nach dem neuen System können sich die Arbei-

ter selbst zu Gruppen zusammenfinden und ihre Gruppenführer wählen, die ihrerseits wiederum Präferenzen hinsichtlich jener Arbeiter aussprechen können, die sie wünschen. Beide Seiten haben ihre Rechte und Pflichten entsprechend den Vereinbarungen. In Chinas Betrieben gibt es in einer Werkstatt bzw. einer Werkhalle mehrere organisierte Gruppen. In anderen Teilen Chinas wird einem Angestellten der Arbeitsplatz durch das Personalbüro zugeteilt. Weder der Arbeiter selbst noch der Gruppenchef hat irgendeinen Einfluß auf diese Entscheidung. Im allgemeinen muß der Arbeiter seine Arbeit tun, sogar dann, wenn er unzureichend ausgebildet oder nicht glücklich damit ist. Dies kann den Enthusiasmus dämpfen. Das neue System aber hat die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Managern verbessert, dies hat zu einem Anstieg der Produktivität geführt, so jedenfalls ein Verantwortlicher des Provinz-amtes für Arbeit und Personal.

Eine Untersuchung bei einigen Unternehmen, die dieses System verwenden, wurde durch das Amt durchgeführt. Es zeigte sich, daß der gesamte Produktionswert um 39% in der ersten Hälfte des Jahres 1985 anstieg (im Vergleich mit derselben Periode des Jahres 1984), während die Gewinne um 127% stiegen. 5% der Unternehmen hatten keinen nennenswerten Fortschritt erzielt, dies wurde jedoch dem Fehlen von Rohmaterialien, Preisproblemen und anderen Schwierigkeiten zugeschrieben.

Ein Verantwortlicher des Provinz-amtes zitierte die Papierfabrik in der Stadt Luohe als Beispiel für die Arbeitsweise des Systems. Die im Jahre 1971 gebaute Fabrik verlor in den ersten 10 Jahren 4 Mio. Yuan, nach Einführung der Reform im Jahre 1981 wurde sie schnell wieder lebensfähig, und im Jahre 1983 wurde ein Gewinn von 617.000 Yuan erzielt. Im Jahre 1984 stiegen die Gewinne auf 2,1 Mio. Yuan.

Die Betriebe haben auch Maßnahmen ergriffen, um jenen Arbeitern und Angestellten zu helfen, die wegen mangelhafter Ausbildung oder schlechter Arbeitsergebnisse nicht von Abteilungschefs akzeptiert worden sind. Ältere Arbeiter und schwangere Frauen erhalten eine Vorzugsbehandlung. Veteranen über 50 Jahre werden manchmal zu technischen Beratern oder Lehrern in Ausbildungsklassen bestimmt. Jüngere Arbeiter können Kurse mitmachen, sie erhalten den vollen Lohn, jedoch keine Boni. Um überschüssige Arbeitskräfte zu absorbieren, werden von den Unternehmen Land und Finanzmittel bereitgestellt, um in neue Geschäftszweige zu expandieren. (XNA, 14.11.

1985, zit. nach SWB, 19.11.85)
-lou-

***(41)
Getreideproduktion um 13% gesunken**

Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua sei die Getreideproduktion des Landes infolge schwerer Naturkatastrophen auf das Niveau des Jahres 1982 abgesunken. 1982 betrug die Getreideproduktion 354 Mio.t. Mit hin ist ein Rückgang von 53 Mio.t (oder 13%) gegenüber der Rekord-ernte des Jahres 1984 mit 407 Mio.t zu verzeichnen. Auch die Baumwoll-ernte soll gesunken sein, und zwar aufgrund der Reduzierung der Anbaufläche um 1,7 Mio.ha im Jahre 1985.

Die sogenannte cash-crop-Anbaufläche wurde 1985 um 3,3 Mio.ha ausgeweitet, während die Getreideanbaufläche um 4,7 Mio.ha reduziert wurde. Das Verhältnis der cash-crop-Anbaufläche zu den Getreideanbauflächen betrug 1985 21:79 gegenüber 17:83 im Jahre 1984.

Aufgrund der Rekordernte des Jahres 1985 erreichte China zum erstenmal die Selbstversorgung und wurde sogar zum Nettogetreideexporteur. China hat noch Getreidereserven aus dem Jahre 1984 und wird die Importe aus den USA, aus Kanada oder Australien nicht erhöhen. Vorausgesetzt, die Schätzungen der chinesischen Nachrichtenagentur erweisen sich als richtig, so ist das 1985er Produktionsergebnis immer noch das vierthöchste in der Geschichte des Landes. Die aus dem Getreiderückgang zu ziehenden Konsequenzen sind denn auch nicht in erster Linie unmittelbar wirtschaftlich, sondern politisch.

Politbüromitglied Chen Yun hatte in gewisser Weise Deng Xiaoping kritisiert, als er im September 1985 voraussagte, daß der Getreidemangel zur sozialen Unruhe führen werde. Die Regierung macht die Überschwemmungen in den Nordostprovinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang, die 10 bis 12 Mio.t Getreide vernichteten, und die Trockenheit in den Provinzen Sichuan, Hunan und Hubei teilweise für den Rückgang der Getreideernte verantwortlich. Die Rekordernte des Jahres 1984 hatte aber zu einem Preisverfall geführt. Deshalb konzentrierten sich viele Bauern auf die sogenannten cash crops, wie z.B. Gemüse und Melonen, bzw. gingen in die Intensivlandwirtschaft, wie z.B. die Geflügelzucht, weil sie sich von diesen Produktionsaktivitäten - mit Recht - höhere Einkommen versprechen. (AWSJ, 17.12.1985) -lou-

TAIWAN

*
*

***(42)
Neue außenpolitische Niederlage**

Infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Nicaragua hat Taiwan am 7. Dezember seine diplomatischen Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Staat "unterbrochen". Neben der sofortigen Schließung der Botschaft in Managua zog die Taipei Regierung auch eine landwirtschaftstechnische Entwicklungsgruppe aus Nicaragua zurück (ZYRB, 8.12.85). In einem am 7. Dezember zwischen dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian und seinem nicaraguanischen Amtskollegen Miguel d'Escoto Brockmann unterzeichneten gemeinsamen Communiqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat Managua Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen "untrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China" anerkannt (RMRB, 8.12.85).

Vor Nicaragua hatte Bolivien am 11. Juli diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und die zu Taiwan abgebrochen (C.a. Juli 1985, S. 428, Ü 52). Grenada, das die Republik China auf Taiwan nie anerkannt hat, folgte am 1. Oktober mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China (C.a. November 1985, S. 755, Ü 33). Beijing unterhält nun mit 133 Staaten diplomatische Beziehungen, dagegen wird die Regierung der Republik China auf Taiwan nur noch von 23 Staaten der Welt anerkannt, davon 13 in Lateinamerika. Abgesehen von Mexiko und den karibischen Ländern ist Nicaragua das erste Land Mittelamerikas, das die VR China anerkannt hat. Taiwan, das in dieser Region noch diplomatische Beziehungen mit El Salvador, Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama unterhält, muß jetzt befürchten, daß diese Länder dem Beispiel Nicaragua folgen werden (vgl. LHB, 5.12.85). In Costa Rica hat die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua bereits ein Büro eingerichtet, und kürzlich ließ der ehemalige Staatspräsident von Costa Rica, Jose Figueres, bei seinem Chinabesuch verlauten, daß sein Land freundschaftliche Beziehungen zu der VR China aufnehmen möchte. Auch Panama unterhält seit langem engere Handels- und Kulturkontakte mit Beijing, und das südamerikanische Land Uruguay steht kurz vor einer Anerkennung der VR China. Sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition Uruguays haben dies befürwortet. Im letzten September führte der chinesische Außenminister Wu Xueqian in New York Gespräche mit dem uru-